

Betreiber-Workshop am 24.10.2018 in Bad Cannstatt

Im Rahmen des 4. Kongresses „Phosphor – ein kritischer Rohstoff mit Zukunft“ fand am 24. Oktober 2018 zum ersten Mal ein Betreiber-Workshop statt, um eine bedarfsorientierte Strategie zur Klärschlamm Entsorgungssicherheit und P-Rückgewinnung zu entwickeln. Rund 30 Teilnehmer aus Baden-Württemberg, darunter Kläranlagenbetreiber, Vertreter von Klärschlammverbänden, Umweltministerium, Landratsamt, Gemeindegtag und Hochschulen, hatten hier die Möglichkeit über ihre Anforderungen, Bedenken, Ideen und Lösungsvorschläge umfanglich zu diskutieren.

Der Workshop wurde mit einem Einführungsvortrag des Umweltministeriums zur Situation in Baden-Württemberg eröffnet und ging nach einer Vorstellungsrunde zur Bearbeitung einzelner Fragestellungen in Gruppen über. Zu den besprochenen Themen zählte die Frage nach den Visionen für die nächsten Jahre und Jahrzehnte. Für die meisten Betreiber werde demnach bis zum Zeitraum 2025 – 2026 die Mitverbrennung in Kohlekraftwerken oder Zementwerken weiterhin notwendig sein. Anschließend wird die Monoverbrennung als wesentlicher Entsorgungsweg erwartet. Aktuelle Risiken bei der Entsorgung bestehen darin, dass laufende Verträge nicht verlängert werden beziehungsweise neue Verträge oft nur unter Inkaufnahme eines Preisanstieges zwischen 50 und 80 % möglich sind. Fehlende Entsorgungskapazitäten können auch dazu führen, dass eine Ausschreibung von keinem möglichen Bieter bedient werden kann. Auch eine potenziell falsche Festlegung bei den anstehenden Entscheidungen zur Beteiligung an einer Monoverbrennung und damit die frühzeitige Festlegung eines Entsorgungswegs sowie die fehlende Rechtssicherheit bei der Umsetzung der AbfKlärV werden als nennenswerte Risiken gesehen.

Bezüglich der P-Rückgewinnung wurde von den Betreibern mehrheitlich betont, dass sie zentrale Verfahren gegenüber dezentralen Lösungen bevorzugen, weil letztere zurzeit weder technisch noch wirtschaftlich überzeugen und einen erheblichen betrieblichen Mehraufwand darstellen. Für den Kläranlagenbetreiber vereinfacht eine zentrale Monoverbrennung des Klärschlammes das P-Recycling, da dessen Management auf den Betreiber der Verbrennungsanlage verlagert werden kann.

Ein weiteres Thema, das besonders intensiv diskutiert wurde, betraf die Wünsche der Betreiber und ihre Sicht auf Verantwortlichkeiten und aktuelle Aufgaben. Für sich selbst sahen sie die Notwendigkeit, Eigeninitiative und eine partnerschaftliche Zusammenarbeit zu entwickeln sowie ihre Interessen offen und gebündelt zu kommunizieren. Auch eine strukturierte Zwischenlagerung, unabhängig vom Entsorgungsweg, erscheint notwendig. Die Betreiber formulierten aber auch Anforderungen an den Bund und das Land Baden-Württemberg. Man benötige Rechtssicherheit, erwarte die angekündigte Vollzugshilfe zur AbfKlärV und zur Sicherstellung der Klärschlammqualität, dürfe die Abwasserqualität im Zulauf keinesfalls schlechter werden. Falls die Umsetzung technische Maßnahmen erfordert, wünschten die Betreiber sich einen zügigen Genehmigungsablauf sowie ganz besonders eine politische Rückendeckung für diese Maßnahmen und die mögliche Gebührenentwicklung. Weiterhin sehe man die Landkreise in der Pflicht, Initiative zur Bildung von Zweckverbänden zu ergreifen, aber zumindest eine Beratungs- und Bündelungsfunktion für die Kommunen wahrzunehmen. An die Industrie wurde der Wunsch gerichtet, vom aktuellen Wettbewerb vieler (unausgereifter) P-Recycling-Verfahren zu einem Angebot weniger, zielorientierter Verfahren überzugehen.

Zum Abschluss des Workshops wurde von Seiten des DWA-Landesverbandes die Idee vorgestellt, eine Plattform zu Klärschlamm Entsorgungssicherheit und P-Rück zu schaffen. Diese solle den Interessensgruppen Betreiber, Ingenieurbüros, Landwirtschaft, Industrie, Behörden und Forschungseinrichtungen einen strukturierten, zentral organisierten Informations-, Wissens- und Erfahrungsaustausch bieten und mit Blick auf die Zukunft eine gemeinsame und sichere Verwertung von Klärschlamm mit P-Rückgewinnung unterstützen. Die Plattform wird vom DWA-Landesverband installiert. Eine Zusage des Landes über die Grundfinanzierung liegt vor. Dabei ist die Unterstützung der Betreiber besonders wichtig, weshalb eindringlich um deren Interessensbekundung und Beteiligung gebeten wurde.